

Pressemitteilung

Köln, 17. März 2021

Planung für ein bundesdeutsches Fotoinstitut nun öffentlich einsehbar

Eine lang erwartete [Machbarkeitsstudie](#) für ein nationales Institut für Fotografie wurde jetzt Kulturstaatsministerin Grütters übergeben. Bezüglich der beiden zur Diskussion stehenden Standorte Düsseldorf und Essen konnte Essen u.a. mit dem größeren Grundstück auf dem Gelände der Zeche Zollverein punkten. Eine endgültige Entscheidung hinsichtlich des Standorts ist damit jedoch noch nicht gefallen.

Die Kulturstaatsministerin hatte die Machbarkeitsstudie im Frühjahr 2020 bei der Beratungsagentur Partnerschaft Deutschland GmbH in Auftrag gegeben. Konkretisiert wird darin nicht nur der Raumbedarf für das Institut, das den hohen technischen Ansprüchen der Archivierung, Erforschung und Präsentation empfindlicher Materialien gerecht werden muss. Die Studie nennt einen Flächenbedarf von 11.540 m² Bruttogrundfläche und beziffert die Baukosten mit 125 Mio. Euro. Die Fertigstellung wird 2027 erwartet.

Aus Sicht der Deutschen Gesellschaft für Photographie (DGPh) macht die in der Machbarkeitsstudie vorgestellte Planung Hoffnung auf eine sehr gute Einrichtung hinsichtlich der konservatorischen, restauratorischen und digitalen Bereiche. Erst im Februar fand zu diesem Themenkomplex ein von der Photographischen Sammlung/SK Stiftung Kultur und der DGPh viel beachtetes Symposium in Köln statt: „Photographische Archive im künstlerischen Kontext – Denkanstöße und Grundlagenforschung zur Förderung von Netzwerken und Kooperationen im Rheinland und Ruhrgebiet“ (der [Live-Stream ist hier zugänglich](#)).

Vor dem Hintergrund einer von der DGPh durchgeführten deutschlandweiten Umfrage zur institutionellen Situation photographischer Archive und Bestände kommt jedoch auch Skepsis auf. Nach dem vorliegenden Konzept wird mit einem neuen Institut auf Bundesebene bereits bestehenden Institutionen nicht grundlegend geholfen. Insofern wäre es nicht nur wünschenswert, sondern auch folgerichtig und von hoher Bedeutung, die Unterstützung und Förderung bereits existierender Strukturen in anstehenden Planungen für das Fotoinstitut Raum zu geben. Dem Schutz des nationalen photographischen Erbes wäre mit diesem zusätzlichen Schritt noch überzeugender gedient.

Nun muss Monika Grütters jedoch zunächst im Bundestag dafür werben, dass die Gelder für das Fotoinstitut bewilligt werden, und dies sei, sagt sie, in Corona-Zeiten schwierig genug.

Pressekontakt:

Regina Plaar

Rheingasse 8-12, 50676 Köln

Tel.: 0221-923 20 69 / E-Mail: dgph@dgph.de

www.dgph.de

Geschäftsführender Vorstand:

Ditmar Schädel - Gabriele Conrath-Scholl - Hanns-Peter Frentz -
Michael Ebert - Anna Gripp - Simone Klein - Dr. Martina Mettner

Amtsgericht Köln, VR 5800

Deutsche Gesellschaft für Photographie e. V.

Rheingasse 8-12, 50676 Köln

T: 0221 - 9 23 20 69

F: 0221 - 9 23 20 70

E: dgph@dgph.de, www.dgph.de